

| | |
|-----------------------------------|--------------------|
| FACHDIENST Fachdienst Soziales | MITTEILUNGSVORLAGE |
|-----------------------------------|--------------------|

| | | |
|------------------------------|---------------------|--------------------|
| Geschäftszeichen 1-502/Wi | Datum 04.09.2019 | MV/2019/090 |
|------------------------------|---------------------|--------------------|

| | | | | |
|-----------------------------------|---------------------|------------|-----------|-----|
| Gremium | Beratungs- folge | Termin | Beschluss | TOP |
| Ausschuss für Jugend und Soziales | 1 | 22.10.2019 | | |

Anfrage der SPD-Fraktion;
hier: Frauen/Gleichstellung

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Begründung für die Nichtöffentlichkeit:

☐ nicht beiratsrelevant ☐ relevant für folgenden Beirat:

| | | | |
|--|---|---|--|
| Fachdienstleiterin Martina Reimer Tel.: 707- 260 | Leiter/in mitwirkender Fachbereiche Tel.: 707 | Fachbereichsleiter Ralf Waßmann Tel.: 707-202 | Bürgermeister Niels Schmidt Tel. 707-200 |
|--|---|---|--|

Inhalt der Mitteilung:

**Antrag der SPD Fraktion im JS am 13.8.2019
Frauen/Gleichstellung**

Die SPD beantragt, dass ein Fragebogen entworfen wird, um strukturelle Hindernisse für die Teilhabe von Frauen in der Wedeler Kommunalpolitik zu identifizieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es existieren bereits umfangreiche Studien darüber, die sich mit den Hindernissen und Fördermöglichkeiten für Frauen in der Politik auseinandersetzen.

Eine davon ist die Studie des Europäischen Instituts für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF). Über 1.000 Stadt- und Gemeinderätinnen aus mehr als 500 repräsentativ ausgewählten Städten und Gemeinden wurden befragt. Die Kurzfassung kann [hier](#) aufgerufen werden.

Im Mittelpunkt der Studie stehen Erfolgsfaktoren für den Einstieg und Aufstieg von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern. Die zentralen Erkenntnisse dazu finden sich auf den Seiten 8-11.

Hindernisse finden sich in der Parteikultur, in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und in den kommunalpolitischen Strukturen. Um mehr Frauen für die Politik zu gewinnen, bedarf es eines übergreifenden Ansatzes.

Die zentralen Handlungsempfehlungen der Studie zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik sind:

1. eine Stärkung der Frauen- und Nachwuchsförderung in Parteien
2. mehr Empowerment und die Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen
3. die Modernisierung von Kommunalpolitik und die Schaffung von Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Kommunalpolitik mit der Familie und dem Beruf. Ein schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit würde in jedem Fall dazu beitragen, die Beteiligungsmöglichkeiten der zeitlich besonders belasteten Frauen zu verbessern. Das gilt aber nicht nur für die Frauen: die jüngere Generation der männlichen Kommunalpolitiker in Deutschland ist ebenfalls daran interessiert, den hohen Zeitbedarf einzuschränken.

Aus Sicht der Verwaltung sind folgende Maßnahmen zum Abbau struktureller Hindernisse in Wedel von der Politik in Betracht zu ziehen:

- I. Zusammenschluss aller Parteien um auszuloten, wo Verbesserungen in Wedel erzielt werden könnten (zeitlicher Rahmen von Sitzungen, verbindliches Sitzungsende, Redezeiten, Sitzungsgestaltung)

Eine Möglichkeit wäre, einen parteiübergreifenden Workshop dazu zu organisieren. Sollte dies von der Politikerinnen und Politikern gewünscht sein, wäre die Gleichstellungsbeauftragte bereit, bei der Organisation und der Suche einer geeigneten Moderatorin zu unterstützen.

- II. In der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Politik haben Bundestagsabgeordnete verschiedener Parteien eine Selbstverpflichtung erarbeitet, fünf konkrete Verhaltensregeln einzuhalten und damit zur Vereinbarkeit von Politik und Familie beizutragen. Diese Selbstverpflichtung wurde bereits von verschiedenen Politiker*innen unterzeichnet. Aus dem Kreis Pinneberg gibt es bisher einen Unterzeichner. Weitere Informationen gibt es auf der [Homepage der Initiative](#).
- III. Die Kosten für die Kinderbetreuung, die während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Politik entstehen, werden auf Antrag erstattet.

Diese Regelung ist vielen nicht bekannt, eine stärkere Bekanntmachung vonseiten der Parteien könnte helfen, um Frauen mit minderjährigen Kindern anzusprechen.

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Begründung für die Nichtöffentlichkeit:

☐ nicht beiratsrelevant

☐ relevant für folgenden Beirat:

Fachdienstleiterin

Martina Reimer
Tel.: 707- 260

Leiter/in mitwirkender
Fachbereiche

Tel.: 707

Fachbereichsleiter

Ralf Waßmann
Tel.: 707-202

Bürgermeister

Niels Schmidt
Tel. 707-200

Antrag der SPD-Fraktion im JS am 13.08.2019 zum Thema:

Frauen / Gleichstellung

Zu TOP 8: Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wedel entwirft einen Fragebogen* zur Erfassung struktureller Hindernisse der Teilhabe an der Kommunalpolitik für weibliche Mitglieder der ehrenamtlichen Verwaltung.

Dieser wird im Laufe des Jahres ausgewertet, sodass im ersten Halbjahr 2020 Vorschläge zur erleichterten Mitarbeit für Frauen in der Kommunalpolitik vorliegen.

Begründung:

Der Frauenanteil in der Politik ist bundesweit rückläufig. Dies trifft für den Kreistag und den Rat der Stadt Wedel zu. Daher ist es notwendig, Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils zu entwickeln, die bereits zur nächsten Kommunalwahl wirksam sind.

*Mögliche Themengebiete, die im Fragebogen erfasst werden könnten:

- Häufigkeit / Zeitlicher Rahmen der Sitzungen
- Gestaltung von Sitzungsgeld (insb. für bürgerliche Mitglieder)
- Bekanntheit unterstützender Maßnahmen, bspw. Babysitter-Service
- Service-Zeiten der Verwaltung

Gez.

Heidi Keck, Meltem Adal und Norman Rothe

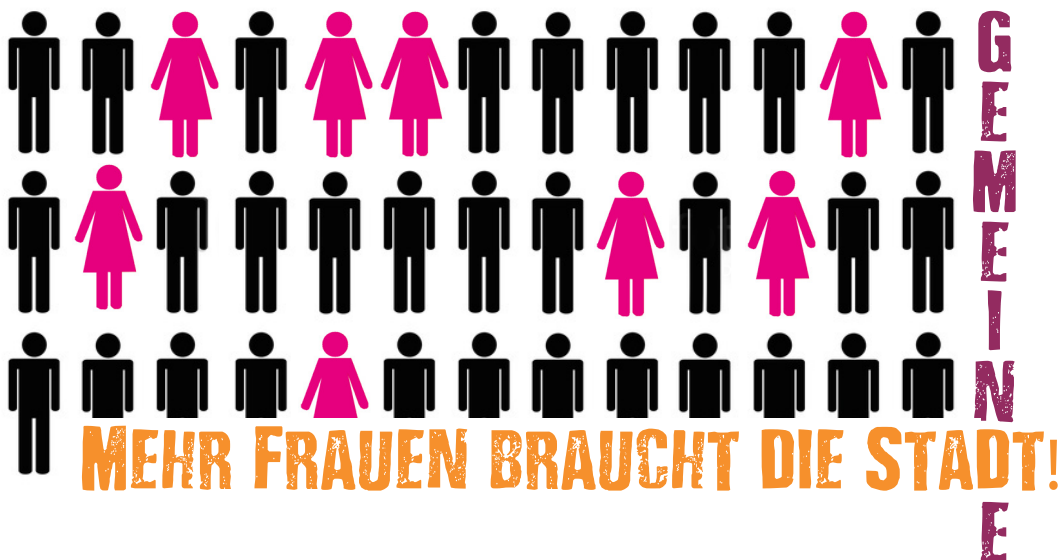
1. DEUTSCHER FRAUENKONGRESS *kommunal*



MAINZER RESOLUTION

vom 03. September 2019

- ✓ Mehr Frauen in die Kommunalpolitik
- ✓ Frauen in Führungsverantwortung stärken die örtliche Gemeinschaft





MAINZER RESOLUTION

FÜR

MEHR FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

In den kommunalen Vertretungen, den Kreistagen und Gemeinderäten saßen im **Jahr 2017** im Durchschnitt **27 Prozent Frauen**.

Innerhalb von zehn Jahren ist der Anteil an Oberbürgermeisterinnen sogar eingebrochen, von **17,7 Prozent** im Jahr **2008** auf **8,2 Prozent** im Jahr **2017**.

Nur **jedes zehnte Rathaus** in Deutschland wird gegenwärtig von einer **Bürgermeisterin** regiert.

Nicht anders sieht es bei den Landkreisen aus. Zurzeit gibt es genau **27 Landrätinnen**. Das sind **9,5 Prozent**. In nur **jedem 10 Amt** sitzt eine **Frau**.

Diesen Zustand müssen wir ändern!

Ein höherer Frauenanteil ist nicht nur aus demokratischen Gesichtspunkten wichtig, sondern insbesondere auch, weil Frauen Kompetenzen, Sichtweisen und Alltagserfahrungen in die Kommunalpolitik einbringen können, die unverzichtbar sind, um die örtliche Gemeinschaft zu stärken.

Während die Wirtschaft bereits Strategien entwirft, wie der Anteil von Frauen in den Chefetagen der Unternehmen gesteigert werden kann, wird die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen noch zu wenig angegangen.

Wir brauchen das Leitbild Frauenförderung in der Kommunalpolitik.

Dazu gehören viele Elemente, die von Ort zu Ort natürlich anders gewichtet werden können.

Erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen als Vorbilder für andere.

Frauen zögern häufig immer noch länger als Männer, bis sie sich für eine Kandidatur auf ein kommunalpolitisches Amt bewerben. Für die Erfüllung einer solchen Aufgabe müssen wir deshalb gemeinsam Interesse wecken und Zuversicht vermitteln. Erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen können die Freude an der Verantwortung darstellen und Frauen darin bestärken, Führungsaufgaben zu übernehmen und ein politisches Amt anzustreben.

Vereinbarkeit von Amt, Familie & Beruf sicherstellen.

Die kommunalpolitischen Strukturen müssen insgesamt und besonders in den Führungspositionen deutlich flexibler werden, und sich den Gegebenheiten des Alltags auch von Frauen besser anpassen. Die Sitzungen sollten zu familienfreundlichen Zeiten stattfinden, verbindlich beginnen und enden. Auch eine begleitende Kinderbetreuung während der Sitzungen ist unverzichtbar.

Es muss rechtlich ermöglicht werden, auch online an Gremiensitzungen teilzunehmen. Im Zeitalter der Digitalisierung bestehen die technischen Möglichkeiten.

Der alte Glaube, eine Sitzung ist nur gut, wenn alle persönlich anwesend sind und es möglichst lange bis in die Abendstunden dauert, ist falsch.

Auch in kommunalpolitischen Führungspositionen muss eine Flexibilisierung und Reduzierung der oft bis zu 80 Stunden Wochenarbeitszeit möglich sein.



Homeoffice-Regelungen, Job-Sharing-Modelle und die Aufwertung von Stellvertreterinnen können ein geeigneter Weg sein.

Natürlich stehen auch die Arbeitgeber der Region in der Pflicht, politische Mandatsausübung ihrer Mitarbeiterinnen zu fördern, anzuerkennen und zu begleiten.

Nachwuchsgewinnung **„Frauen traut Euch Macht zu“**

Benötigt werden mehr Angebote, gezielte Nachwuchs- und Karriereförderung für Frauen. Das beginnt bereits in der Schule. Hier können bei Schulpraktiker Kommunen ein Zeichen setzen und gezielt über die Schulen Mädchen ansprechen. Nach dem Motto: Girlsday goes Kommunalpolitik. Die Städte und Gemeinden sollten noch viel mehr von der Möglichkeit Gebrauch machen, Frauen als sachverständige Bürgerinnen in die Räte einzubinden. Auch diese Schiene ist oftmals ein erster Weg in die Kommunalpolitik.

Netzwerke bilden & fördern

Netzwerke sind der Schlüssel zum politischen Erfolg. Es ist Aufgabe von Bund, Ländern, aber auch kommunalen Spitzenverbänden, Netzwerke zu stützen und den Austausch zwischen den Mandatsträgerinnen zu ermöglichen. Erfahrungen zeigen, dass Frauen später in die

Parteien eintreten, und dadurch meist weniger vernetzt sind als ihre männlichen Kollegen.

Wenn es darauf ankommt, gilt leider immer noch das Prinzip: Männer nominieren Männer.

Mentoringprogramme aus Bundes- und Landesebene können diese Netzwerkesstruktur nachhaltig unterstützen und sollten verstetigt werden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Helene-Weber-Kolleg mit seinen vielfältigen Angeboten an Mentoringprogrammen.

Verbindliche Quote als letztes Mittel?

Verbindliche Quoten wie etwa das Paritätsgesetz in Brandenburg und demnächst in Thüringen sind grundsätzlich denkbar. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sie einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten. Umgekehrt auf der kommunalen Ebene wäre zudem die Frage, was mit der verbindlichen Quote geht, wenn es gar keine Bewerberinnen gibt.

Ein jährlicher Bericht zu erreichten Fortschritten und vor uns liegenden Herausforderungen, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern, wäre ein sinnvolles Instrument.

Mainz, 3. September 2019

Städte, Gemeinden und Kreise sollten regelmäßig ihre Frauenförderkonzepte fortschreiben, den neuen Gegebenheiten anpassen und ihre Entscheidungen überprüfen, ob sie mit den Zielen zur Förderung von Frauen tatsächlich vereinbar sind.